



<https://biz.ii/2n9i>

GRUPPE CDU/FDP KRITISIERT MANGELNDE TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG BEI DER MEDIZINSTRATEGIE 2030

Veröffentlicht am 09.02.2023 um 14:52 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Mit dem voreiligen veröffentlichen von Teilen der angedachten Medizinstrategie 2030, bevor alle Aspekte ausreichend beleuchtet und beraten wurden, hat man nur eins erreicht: Große Verunsicherung bei der Belegschaft und den Bürgerinnen und Bürgern", so der Vorsitzende der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung Bernward Schlossarek zur aktuellen Diskussion über die Medizinstrategie 2030 und rügt damit die bisherige Performance der Geschäftsführung des KRH und des Aufsichtsratsvorsitzenden. Die Gruppe CDU/FDP wundert sich über die immer dramatischeren Entwicklungen zur wirtschaftlichen Situation im KRH und der mangelnden Mitnahme der Regionspolitik. "Immerhin ist die Regionsversammlung das zuständige Entscheidungsgremium. Nachdem bereits kurz nach der Vorstellung der Medizinstrategie 2030 erste Informationen der Presse zu entnehmen waren und die Geschäftsführung ein großes Interview gegeben hat, dachte man zunächst, dass die Freizügigkeit in Bezug auf Informationen zum KRH genauso weitergeht. Allerdings konnte man relativ schnell feststellen, dass dies nicht so war. Trotz wiederholter Bitten und Aufforderungen die Wirtschaftlichkeit eines jeden Klinikstandortes mit Zahlen und Daten zu belegen, wartet man noch bis heute auf die Ergebnisse. Ohne genau zu wissen, welche Klinik was erwirtschaftet – oder eben nicht erwirtschaftet – kann aus Sicht der CDU/FDP nicht über Schließungen oder Schrumpfkuren einzelner Standorte beraten oder gar entschieden werden", so Schlossarek. Die Oppositionsgruppe fragt sich, "ob man wirklich keine Zahlen präsentieren kann oder ob man dies bewusst nicht will, da diese die Richtung der Medizinstrategie infrage stellen würden." Unklar sei auch, wie es in Laatzten und Lehrte weitergehen soll. An beiden Krankenhausstandorten sollen nach dem Willen der Geschäftsführung "Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ)" möglichst in privater Trägerschaft künftig betrieben werden. Lediglich in Laatzten soll für eine Übergangszeit noch ein geringes stationäres Angebot unter dem Arbeitstitel "Pilotkrankenhaus" noch vorgehalten werden. Für die Umwandlung einer Klinik in ein IGZ beziehungsweise in einen Gesundheitscampus gebe es nur wenige Vorbilder. Zur Umsetzung gebe es weder ein Finanzierungsmodell noch nennenswerte Erfahrungen, so Schlossarek. "Unklar ist auch, wie die Notfallversorgung im Osten der Region sichergestellt werden soll. Über dies fehlt ein klarer Finanzrahmen über die notwendigen Investitionen", erklärt er. "Wir wünschen uns, dass der Regionspräsident und Aufsichtsratsvorsitzender des KRH endlich anfängt, in den offenen Austausch mit den Regionsabgeordneten zu gehen und dafür Sorge trägt, dass alle Zahlen zu den Kliniken der KRH GmbH durch die Geschäftsführung auf den Tisch gelegt werden, anstatt weiter hinter verschlossenen Türen unter anderem mit Bundes- und Landtagsabgeordneten das Gespräch zu suchen", teilt Schlossarek abschließend mit.